

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Eine Entwaffnungsnote der Entente.

#### Auflösung der Selbstschutzorganisationen, Entmilitarisierung der Polizei gefordert.

Berlin, 17. Mai. General Kollert, als Vorsitzender der Interalliierten Militärkommission, hat unter dem 12. Mai dem Direktor der Friedensabteilung des Auswärtigen Amtes eine Note zugehen lassen, in der die Ausführungsbestimmungen zu der Londoner Note vom 5. Mai, soweit sie die Entwaffnung betreffen, enthalten sind.

Die Bestimmungen erstrecken sich

#### 1. auf das 100 000 Mann-Heer.

Die Note fordert die Ausfüllung gewisser Lücken des Wehrgesetzes. Die zur Ausfüllung dieser Lücken notwendigen Gesetze sind der Kommission schnellstmöglichst, auf jeden Fall aber vor dem 15. Juni 1921 mitzuteilen.

Ferner werden die Forderungen früherer Noten über die Entmilitarisierung gewisser Dienststellen, über die Radfahrerkompanien, über die Stärken der Zentralverwaltung wiederholt und als Frist zur Durchführung dieser Bestimmungen der 15. Juni festgesetzt.

#### 2. Kriegsmaterial.

Die von der Kommission festgesetzten Höchstzuweisungen sind anzuerkennen, und der Kommission ist von deren Anerkennung vor dem 20. Mai 1921, mittags 12 Uhr, Mitteilung zu machen. Die Ablieferung des auf Grund dieser Höchstzuweisungen berechneten überschüssigen Materials muß vollständig bewirkt sein: für jede Art von Waffen, die Ersatz- und abmontierten Teile am 10. Juni 1921; für das übrige Kriegsgerät am 30. Juni 1921.

Die Ablieferung der von der Bevölkerung herrührenden Waffen muß vor dem 10. Juni 1921 vollständig beendet sein. Die Bestimmungen über die Abführung der Landbesetzungen müssen bis zum 10. Juni 1921 durchgeführt werden.

#### 3. Selbstschutzorganisationen.

Die Auflösung aller Selbstschutzorganisationen muß nach den Bestimmungen der Pariser Note zum 30. Juni 1921 bewirkt werden.

Um die rechtzeitige Kontrolle über diese Auflösung zu gewährleisten, muß die Liste der Organisationen, welche die Deutsche Regierung in Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 aufzulösen beabsichtigt, der Kommission vor dem 31. Mai 1921 mitgeteilt werden.

Die Waffen- und Munitionsablieferungen, welche den Bestimmungen der Pariser Note entsprechend, am 31. März 1921 hätten bewirkt werden müssen, müssen wirksam betrieben werden, derart, daß sie vor dem 10. Juni 1921 vollständig beendet sind. Der Rest an Waffen und Munition ist, wie in der Pariser Note vorgesehen, zum 30. Juni 1921 abzuliefern.

#### 4. Polizei.

Die Kommission besteht darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden dahin:

- der jetzigen grünen Polizei den Charakter einer mobilen militärischen Streiktruppe zu nehmen;
- die Probezeit und die kurzfristige Dienstzeit abzuschaffen;
- jeden Personalaustausch zwischen Polizei und Heer zu untersagen;

- den Polizeischulen wieder den Charakter zu geben, den sie vor dem Kriege hatten, und deren Zahl derart herabzusetzen, daß sie im Verhältnis zu der durch die Note von Boulogne zugeständenen Stärkevermehrung steht;

- alle Polizeiführerformationen abzuschaffen;
- schließlich die Gesamtkräfte aller Polizeikategorien, der uniformierten und nicht uniformierten, auf die Zahl von 150 000 herabzusetzen.

Die notwendigen Umbildungen müssen hinsichtlich der Organisation und der Stärken vor dem 15. Juli 1921 durchgeführt sein und die entsprechenden Anweisungen der Kommission vor dem 15. Juni 1921 mitgeteilt werden.

Die Waffen und Munition jeder Art, welche nicht genehmigt sind und sich noch in Händen der Polizei befinden, müssen vor dem 31. Mai 1921 abgeliefert werden.

#### 5. Fabriken.

Die deutsche Regierung hat der Interalliierten Kontrollkommission vor dem 20. Mai 1921, mittags 12 Uhr, mitzuteilen, daß sie die Liste der Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen dürfen, anerkennt.

#### Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial.

Die Kommission fordert ein Gesetz, das dem im Friedensvertrag festgesetzten Ein- und Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial Wirksamkeit verleiht. Der Gesetztext ist der Kommission vor dem 30. Juni 1921 mitzuteilen.

### Die Regierung zur Erfüllung der Entwaffnungs-forderungen bereit.

#### Erneutes Zurückweichen vor Eicheloh?

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Ueber die Haltung der Reichsregierung zur Entwaffnungsnote, die der General Kollert im Namen der Interalliierten Militärkontrollkommission dem Auswärtigen Amt übergeben hat, erfährt unser Berliner Korrespondent folgendes: Die Reichsregierung ist bereit, sämtliche in der Note aufgestellten Forderungen zu erfüllen. Sie glaubt, daß sie in der Lage sein wird, die angegebenen Fristen auf den genauesten innezuhalten. Das bedeutet, daß die Regierung nicht die Durchführung der Forderungen als gleichbedeutend mit dem Untergang der deutschen Republik abgelehnt hat. Die Dispositionen Kollert in Bonn werden entwaffnet werden, die Radfahrerkompanien aufgelöst, die überzähligen Offiziere werden in das Hunderttausendmannheer eingereiht, die Zahlmeisterstellen werden verringert werden. All diese Forderungen sind jetzt plötzlich durchführbar, obwohl man noch vor wenigen Wochen dem deutschen Volke eingeredet hatte, die Erfüllung sei

gleichbedeutend mit dem völligen Zusammenbruch der deutschen Republik! Es ist ohne weiteres verständlich, daß die Folge dieser Politik im Auslande schärfstes Mißtrauen gegen alle Versprechungen der deutschen Regierung sein muß.

Eine einzige Schwierigkeit scheint die Regierung zu sehen: das ist die Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzzorganisationen. Die Regierung wird wahrscheinlich die Dringlichkeit nicht unter die aufzulösenden Selbstschutzzorganisationen rechnen. Die Folge dürfte sein, daß nach Ueberreichung der am 31. Mai fälligen Liste der aufzulösenden Organisationen General Kollert die Einreichung der Dringlichkeit in diese Liste fordern wird. Dann wird sich zeigen, welche eine Farce das Entwaffnungsgesetz vom 22. März 1921 ist, gegen das unsere Partei schon damals die heftigsten Proteste erhoben hat. Man wird mit seiner Hilfe kaum die Dringlichkeit ausheben können und der Reichstag wird ein neues Ergänzungsgesetz annehmen müssen. Die größte Schwierigkeit aber beruht noch immer in der Frage der bayerischen Einwohnerwehren. Die Regierung gibt sich der stillen Hoffnung hin, daß die bayerische Regierung nicht mehr wie bisher energischen Widerstand leisten wird, sondern daß sie bei einer Verbesserung der Polizeistärke, die die Regierung von einer noch ausstehenden Entente-Note erhofft, bereit sein wird, die Einwohnerwehren aufzulösen. Welche Anzeichen für die Berechtigung dieser Hoffnung vorliegen, darüber vermag die Reichsregierung heute noch keine Auskunft zu geben.

### Frankreich will doch noch das Ruhrgebiet besetzen?

London, 17. Mai. Wie gemeldet wird, sagte der amerikanische Kommissar für die Rheinlande, Koenen, in einer Rede, Frankreich sei entschlossen, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Für die Vereinigten Staaten gebe es in dieser Angelegenheit nur einen Weg, England in seinem Widerstand gegen diese Politik zu unterstützen.

### Ein Notenwechsel über die Luftfahrtsbestimmungen.

Berlin, 17. Mai. Die interalliierte Luftfahrtkontrollkommission hat unterm 17. Mai an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der sie vor dem 18. Mai um Mitteilungen der Maßnahmen bittet, welche die deutsche Regierung ergreifen hat, um die Durchführung der Bestimmungen der alliierten Mächte hinsichtlich des Luftfahrtswesens zu sichern.

In einer Anlage zu dieser Note wird die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 15. Mai 1921 die im Friedensvertrag vorgesehenen Ablieferungen zu beenden, die für die Zerklüftung von Zeppelinlinien verlangt, Entschädigungen zu leisten und die Verwendung von Flugzeugen bei den Militärformationen zu unterlassen.

In der Antwort des Auswärtigen Amtes heißt es:

Die deutsche Regierung wird bemüht sein, das in Deutschland noch verbleibende Luftfahrtsgerät mit größter Beschleunigung zu erfassen. Sie wird die Nachforschungen der Kommission nach solchem Gerät in jeder Weise erleichtern, und sie wird in kürzester Zeit gesetzliche Maßnahmen treffen, um die Ausführung der Entscheidungen sicherzustellen. Die deutsche Regierung wird die für die Zerklüftung von Zeppelinlinien geforderten Entschädigungen leisten. Die Polizeiformationen sind nicht im Besitze von Flugzeugen (? D. Red.) und werden auch in Zukunft nicht damit ausgerüstet werden.

### Heimliche Erzählungen.

#### Eine verpöhlte Einheitsfront von Westarp bis Scheidemann?

München, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der bekannte bayerische Separationspolitiker Dr. Heim schreibt im bayerischen Kurier zur Frage des Zustandekommens der neuen Reichsregierung: „Ich bin von keiner Seite gefragt worden und wage meine Hände in Unschuld. Wenn die Geschichte vor der Abstimmung einmal geschrieben wird, so wird bekannt werden, daß die vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit zur Herstellung einer Einheitsfront von der äußersten Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten im Augenblick gegeben war. Daß dieser Augenblick verpasst wurde, erfüllt mich als deutschen Patrioten mit tiefem Schmerz.“ Diese Erklärung bezieht sich auf eine Mitteilung des Vaterland, wonach man im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu der Ueberzeugung gekommen war, daß die durch das Ultimatum dem deutschen Volke aufgebredeten Lasten nicht getragen werden könnten. „Der Reichstagspräsident Vöbe ging zum Führer der Deutschnationalen Dr. Gerat und erklärte ihm, nachdem die bürgerlichen Parteien in der Ablehnung des Ultimatus einig seien, könnten die Mehrheitssozialisten das Odium der Annahme nicht auf sich nehmen, seien vielmehr der Anschauung, daß jetzt die Stunde zur Bildung einer deutschen Einheitsfront gekommen sei. Da kam der deutsche Volkshalter in Paris Dr. Mayer dazwischen und suchte mit einem furchtbaren Optimismus Glauben zu machen, daß die angelegenen Lasten getragen werden könnten. Die bürgerlichen Parteien gingen zu wackeln an und die Einheitsfront, die eben im Begriff war, sich zu bilden, war zerstört. Dagegen erklärt Votshafter Dr. Mayer im bayerischen Kurier, daß er in der Besprechung der Fraktionsführer der Regierungsparteien die gegnerische Meinung über die deutsche Reichsunfähigkeit darlegte, eine eigene Meinung über die Erfüllbarkeit des Ultimatus aber nicht geäußert habe.“

Es scheint, als ob Dr. Heim in der oben wiedergegebenen Erklärung sich gegen seinen Fraktionsgenossen Mayer wenden will. Für uns ist wichtiger die Frage nach dem Verhalten der Reichssozialisten. Sie werden Aufklärung darüber geben müssen, wie es Herr Dr. Heim möglich ist, von dieser sondern haren Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten zu sprechen.

### Bravo den italienischen Sozialisten!

Mit Stolz dürfen die italienischen Sozialisten auf den Wahltag blicken. Sie haben sich gut geschlagen, sie haben trotz der blutigen Gewalttätigkeiten der Faschisten, die ihnen fast die Wahl-agitation unmöglich machten, eine Position behauptet, so stark, daß ihre Feinde erschüttert stehen ob dieses Beweises starker Lebenskraft der proletarischen Bewegung. Die italienischen Sozialisten haben in einer Schlacht, in der Wind und Sonne gegen sie war, in der sie mit nackter Brust den Revolvern und Dolchen und Bomben der weißen Gardien entgegentreten mußten, sich tapfer behauptet. Sie haben für sich und für die Arbeiterklasse ganz Europas gekämpft — indem sie ihre Stellung in Italien hielten, haben sie die Hoffnungen der internationalen Reaktion gedämpft, die den Niederbruch der Position des Proletariats auf der Apenninenhalbinsel als eine Ernüchterung zum Vormarsch gegen die Arbeiterklasse überhaupt begrüßt hätte.

Noch steht nicht fest, wie groß die Zahl der sozialistischen Abgeordneten in der neuen Kammer sein wird. Die Meldungen schwanken und werden bei der Umständlichkeit des Wahlverfahrens erst in einigen Tagen größere Festigkeit gewinnen. Aber ob nun der Korrespondent der Frankfurter Zeitung recht haben wird, der den „offiziellen Sozialisten“ 120 Sitze gibt, oder ob die Pariser „Information“ besser unterrichtet ist, die behauptet, daß ihre Zahl auf 90 sinken wird, soviel steht fest, daß sich unsere Genossen unter den widrigsten Umständen glänzend behauptet haben. Unser Pariser Bruderblatt, der Populaire, brachte am Vorabend der Wahl eine Betrachtung, worin es unter Berufung auf Äußerungen des Kwanti hieß: „Der große Sieg vom November 1918, der 156 Abgeordnete nach Montecitorio entsandte, wird sich nicht wiederholen. Wir sind darauf gefaßt, daß die sozialistische Vertretung auf die Hälfte vermindert wird...“ Diese Befürchtung war nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß in verschiedenen Provinzen, so in Reggio Emilia, das sonst eine Hochburg des Sozialismus gewesen, unsern Genossen durch die Faschisten die Wahl-agitation überhaupt unmöglich gemacht worden war, so daß dort Wahlfesthaltung proklamiert werden mußte, die, wie die Meldungen zeigen, auch fast restlos befolgt worden ist. Auch mit 90 Mandaten übertrifft deshalb das Ergebnis bei weitem die Erwartungen, die man bei der Angst der Verhältnisse hegen durfte. Als im Jahre 1881, in der schlimmsten Periode des Sozialistengesetzes, die deutsche Sozialdemokratie 311 961 Stimmen behauptete gegen 477 158, die sie in der Wahlkammer vor dem Erlaß des Aneben-lungs-gesetzes gezählt hatte, da schrieb Engels erfreut aus London: „So famos hat sich noch kein Proletariat benommen.“ Es war eine Defensivschlacht gewesen, in der die Partei ihre Kraft auf ihre stärksten Positionen hatte konzentrieren müssen; keiner ihrer Feinde hatte erwartet, daß sie sich so kräftig gegen die brutale Verfolgung des bismarckischen Gewaltregiments behaupten werde. Daß sie noch mehr als 300 000 Stimmen muster konnte, nachdem sie drei Jahre lang mit allen niederträchtigen Gewaltmitteln ge- heht und unterdrückt worden war, nachdem ihr die Wahl-agitation durch eine schändliche Polizeipraxis in vielen Wahlkreisen schier unmöglich gemacht worden war, daß sie den Feinden der Arbeiter-klasse gewaltig in die Glieder. Damals meldete der Berliner Korrespondent der Times nach London die große Bestürzung, die „in den hohen und höchsten Regionen“ über den sozialdemokra-tischen Wahlerfolg herrschte. Mit dieser Situation der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1881 darf man die der italienischen Sozialisten von heute vielleicht einigermaßen vergleichen, nur daß von ihren Anhängern vielfach noch größere Opferbereitschaft und Hingebung an die Sache gefordert werden mußte, als damals unter dem Sozialistengesetz bei uns. Denn der Kampf gegen die Faschisten fordert unter Umständen direkt den Einsatz des Lebens. Und außerdem haben die italienischen Sozialisten noch gegen einen Feind von links zu kämpfen, der ihnen in diesem harten Kampf gegen die weißen Bluthunde der Bourgeoisie in Rücken und Flanke fällt, gegen die Kommunisten. Auch gegen diese haben sie sich erfolgreich behauptet. Das Verhältnis zwischen den Mandaten der Sozialisten und der Kommunisten zeigt, daß die letzteren über die Bedeutung einer Sekte nicht hinausgekommen sind. Das italienische Proletariat steht in seiner überwältigenden Mehrheit geschlossen zur Partei, die der von Moskau exkommunizierte Serrati führt. Diese Wahlkammer zeigt, wie falsch die Diktatoren von Moskau gerechnet haben, als sie glaubten, durch die Spaltung von Livorno die Massen des italienischen Proletariats der sozia-listischen Partei entfremden zu können. Sie haben nur einen Splitter vom großen sozialistischen Stamm abzuspargen vermocht. Der gleich Serrati exkommunizierte Levi behält recht, wenn er diese Spaltungsakt eine selbstmörderische, eine gegen die Schaf-fung kommunistischer Massenparteien gerichtete genannt hat. Die Kommunisten werden mit höchstens 15 Sitzen in der Kammer er-scheinen.

Die bürgerliche Presse Deutschlands bewährt sich natürlich wieder als Meister der Verschweigungskunst, als williger Zu-